

Praxis in der Gesellschaft der DDR hatte. In den Vorträgen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die der Einladung der Enquete-Kommission gefolgt sind, und den Schilderungen der Zeitzeugen am Ende der heutigen öffentlichen Anhörung, die ich gleichfalls herzlich begrüße, wird wahrscheinlich schnell erkennbar werden, daß das Scheitern der marxistisch-leninistischen Theorie in der Praxis vor allem in seinem falschen und unrealistischen Menschenbild begründet ist. Marx und Lenin entwarfen meiner Meinung nach einen künstlichen Menschen, mit dem sie die Welt verändern wollten. Das mußte schief gehen, weil reale Menschen diesem Kunstgebilde zwanghaft angepaßt werden sollten. Auch der SED-Staat vermochte es von Anfang an nicht, den Ansprüchen der marxistisch-leninistischen Theorie zu entsprechen und mußte ständig neue Kompromisse mit einer Wirklichkeit schließen, die sich der Theorie des Marxismus-Leninismus einfach nicht anpassen wollte. Trotzdem gestaltete der Versuch der Weltveränderung, der von den Regierenden, z. B. in der DDR, unternommen wurde, die sozialen Bedingungen der Menschen auf grundlegende Weise um. Und diese Veränderungen der sozialen Rahmenbedingungen bewirkten zwangsläufig die Zerstörung personaler und bewährter ethischer Werte der Menschen. Das gesellschaftliche Elend produzierte zunehmend das ökonomische und schließlich auch das ethische Elend. Am Ende dieser Entwicklung brach die allein nicht lebensfähige und ungeliebte SED-Diktatur zusammen. Es trat das ein, was Lenin einmal so ausdrückte: „Erst dann, wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ Die Wahrheit dieses Wortes erwies sich in den Herbsttagen des Jahres 1989, als zuletzt Hunderttausende auf die Straßen gingen, um ihre Menschenwürde zurückzuerobern und damit einen neuen Typ von Revolution praktizierten, nämlich die friedliche Revolution, den die Klassiker des Marxismus-Leninismus nicht vorgesehen hatten.

Ich darf nun Frau Kollegin Wisniewski und danach Herrn Professor Weber bitten, uns ihre Einführung in die heutige Anhörung zu geben. Bitte Frau Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir wissen es alle, der Kommunismus und der real existierende Sozialismus sind Verwirklichungen der philosophisch-politischen Theorie des Marxismus. Dieses politische System stieß bei den Menschen nicht auf freiwillige Zustimmung, sondern konnte nur durch Zwang eingeführt und erhalten werden. Die Verwirklichung des Marxismus-Leninismus in den politischen Systemen der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten hat Leid, Tod und Armut über sehr viele Menschen gebracht, bis dann der große Zusammenbruch nach über siebzig Jahren kam.

Die Auseinandersetzung mit der philosophisch-politischen Theorie des Marxismus muß auch im Rahmen dieser Enquete-Kommission geschehen. Ich

möchte einleitend drei Fragenkomplexe kurz ansprechen, die mir für unsere Arbeit besonders wichtig zu sein scheinen:

- 1) Liegt die Ursache des Scheiterns des Kommunismus bzw. des real existierenden Sozialismus in der marxistischen Theorie begründet?
- 2) Wurde die Theorie bei ihrer Verwirklichung über die bekannten Enteignungsmaßnahmen hinaus im alltäglichen Leben der Menschen in der DDR wirksam?
- 3) Befördert der Marxismus das Entstehen von Diktaturen?

Zu 1) Wo also liegen die Gründe für den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus der DDR? Liegen sie in der marxistischen Theorie selbst? Wurde diese also durch das sozialistische Experiment als nicht der Wirklichkeit entsprechend erwiesen, als der menschlichen Natur widersprechend? Wurde sie insofern als bloße Ideologie durch die Wirklichkeit entlarvt? Oder waren es nur Fehler bei der Verwirklichung, die zum Zusammenbruch der DDR führten?

Diese Fragen sind alt. Ein unverdächtig Zeuge ist Hans-Werner Richter, selbst einst Kommunist. Er schreibt in seinen „Erfahrungen mit Utopien. Briefe an einen jungen Sozialisten“ (1. Aufl. 1990) über die Wirkung der Massenaufmärsche der Nationalsozialisten im Jahr 1933 auf die kommunistischen Gruppen: „Wo aber lagen die Fehler, was war zu revidieren? Das marxistische Lehrgebäude? Nein, es war in seiner in sich geschlossenen Logik für uns fast unantastbar. Wir klopfen es Nacht für Nacht ab, aber wir fanden nichts. Gewiß, es tauchten Zweifel auf, aber es waren nur Zweifel. Doch etwas anderes wurde uns bewußt. In dieser Theorie, in diesem Lehrgebäude, zu dem wir uns bekannten, fehlte etwas, fehlte vielleicht eine ganze Seite des Lebens, die mit der uns immer noch unverständlichen Reaktion der Massen zusammenhängen mußte, die wir gerade erlebt hatten. Die einen nannten es den irrationalen Faktor, die anderen den subjektiven, die dritten den psychologischen. ...“

Das Fazit dieser Überlegungen: Der Mensch ist nicht allein ein ökonomisches Wesen. Ökonomische Prozesse geben Anstöße zu Massenbewegungen, aber sie bestimmen sie nicht. Wohin sich die Masse bewegt, das hängt von ganz anderen Faktoren ab, von psychologischen vielleicht, aber mehr noch von irrationalen, die schwer zu analysieren und fast nie vorherzuberechnen sind, von Atavismen unter Umständen, die weit in der Menschheitsgeschichte zurückliegen und die in solchen Situationen mit der Gewalt eines Vulkanausbruchs zum Vorschein kommen. Was aber war mit jenen, die in diesen Diskussionen, monatelang geführt, von subjektiven Faktoren sprachen? Sie sahen alle Fehler bei den Interpreteten... nicht die Lehre war falsch, sondern ihre Auslegung. Wirklich verantwortlich war nur die Führung, und sie hatte versagt. Lenin statt Thälmann, das wäre der Sieg gewesen.“ (S. 30 f.)

Die zuletzt genannte Position gibt es auch heute noch. In einem Tagungsbericht der FAZ über eine Tagung zur Marxismus-Forschung des Jahres 1992 wird vermerkt, daß die Forderung nach einer strikten Trennung von staatstragendem „Marxismus-Leninismus“, marxistischer Philosophie und Marx selbst erhoben wurde, und daß die marxistische ökonomische Entwicklungstheorie zu retten versucht wurde. (Mark Siemons, FAZ 1992)

Wenn man Hans-Werner Richter zustimmt und die Fehler in der marxistischen Theorie sucht, stellt sich die Frage, was daran falsch ist.

Der Kern des Marxismus liegt bekanntlich in der Auffassung, daß das Kapital die Welt bestimmt, daß also die Menschen und insbesondere die Gruppe der Besitzenden vorwiegend, ja sogar letztlich ausschließlich durch Besitzgier und Gewinnstreben geprägt ist, so daß die Abschaffung des Privateigentums (später fügt Marx hinzu: an Produktionsmitteln) eine grundsätzliche moralisch-sittliche Läuterung des Menschen bewirkt. Nikolaus Lobkowicz spricht von einer „systemimmanenten Naivität des Marxismus“, denn nur da dieser den Menschen in gesellschaftliche Verhältnisse aufgelöst und diese auf Eigentumsverhältnisse reduziert hat, können – nach den Vorstellungen von Karl Marx – alle wesentlichen Konflikte unter Menschen durch die Regelung der Eigentumsverhältnisse überwunden werden.

In dieser Reduzierung des Menschen auf ein ökonomisches Wesen, wie Hans-Werner Richter sagt, liegt offensichtlich der anthropologische Hauptirrtum des Marxismus, der künstliche Mensch. Aus ihm folgen aber nun eine Reihe anderer, ähnlich gravierender Irrtümer.

Zu 2) Das zeigte sich – und damit komme ich zum zweiten von mir angesprochenen Fragenkomplex – z. B. bei der Analyse der sozialistischen Wirtschaftsform in der Anhörung der Enquete-Kommission zum Wirtschaftssystem der DDR. Auch der Idee der Planwirtschaft liegt eine anthropologische Fehlannahme zugrunde, denn die in vielen Einzelköpfen gespeicherten Billionen von Informationen und Entscheidungsvorgängen können nicht zentral zusammengefaßt werden, so Professor Gutmann. Die zugrundeliegende Idee des Karl Marx von der Notwendigkeit der Teilnahme jedes einzelnen Menschen am, wie er sagt, „gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß“ – denn nur dadurch wird nach Marx der Mensch zum Menschen – erweist sich damit in ihrer Brüchigkeit.

Eine andere anthropologische Fehldeutung liegt offenbar darin, daß Karl Marx die bürgerliche Gesellschaft seiner Zeit insgesamt auf ökonomische Besitzgier reduzierte. Darin sah er alle menschlichen Beziehungen und Institutionen des Bürgertums gegründet und verseucht: das Privateigentum, die Betriebe, aber auch Ehe und Familie, den Staat mit seinen „Handlangern“, mit seinem Recht und seinen Gesetzen, das Bildungswesen, das Volk und die Nation. Aus diesen Voraussetzungen folgte bekanntlich für ihn die Forderung nach den, wie er sagte, „Aufhebungen“, also der totalen Beseitigung der

gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Darin gründet die Vorstellung von der Andersartigkeit der kommunistischen Staaten gegenüber allen anderen politischen Gebilden. Günter Schabowski sprach in der Anhörung in Berlin von dem „total anderen gesellschaftlichen Modell“, das die DDR verwirklichen wollte.

Natürlich zeigten sich bei der Verwirklichung solcher totalen Andersartigkeit bereits in der Sowjetunion Grenzen des Machbaren. Aber ansatzweise wurde durch innenpolitische Maßnahmen durchaus versucht, die vermeintlich bürgerlichen, in Wirklichkeit aber offenbar zur Existenz des Menschen notwendigen Strukturen, wie Ehe und Familie, Privatbetrieb, Selbständigkeit, Nation, Recht, Gesetz und Staat zu zerstören oder zumindest zu begrenzen und umzudeuten. So läßt sich sicherlich die Familie nicht „aufheben“, aber man kann durch Ausweiten der staatlichen Erziehung, durch Arbeitszwang für alle, durch Unmöglichmachen der Eigenverantwortung, etwa bei der Wohnraumbeschaffung, bei der Vorsorge vor Krankheit und Alter, bei der Urlaubsgestaltung, bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl die Familie als privaten Faktor der Lebensgestaltung teilweise „aufheben“.

Nun kommen wir zum dritten angedeuteten Fragenkomplex. Wird durch die Beseitigung der eben genannten gesellschaftlichen Strukturen die Befreiung des einzelnen aus Zwängen der verschiedensten Art befördert – wie Karl Marx nahelegte – oder wird dadurch nicht Freiheit, Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für sich und für das soziale Ganze zerstört und deshalb der Diktatur der Zugriff auf den einzelnen erleichtert?

Es war, so scheint es, ein gravierender Irrtum des Karl Marx zu glauben, daß durch eine allgemeine Emanzipation der Gesellschaft und des Menschen die „Pfeiler des Hauses“ eingerissen werden können, so daß die institutionelle Verfaßtheit der politischen Welt überhaupt mit ihren Regelungen der Vermittlung zwischen Einzelwillen und Gesamtwillen über Bord geworfen werden können.

Diese Vorstellung von einer allgemeinen Emanzipation des Menschen wird bei Karl Marx mit einer weiteren anthropologischen Grundvorstellung kombiniert, nämlich der, daß an dieser radikalen emanzipatorischen Revolution mit der möglichst vollständigen Beseitigung der bis zu seiner Zeit gültigen bürgerlichen Strukturen keineswegs der Mensch als Individuum teilhaben kann, sondern nur als Glied des Proletariats. (Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.) Der Mensch bedarf zu seiner Emanzipation – so Karl Marx – der Leitung durch die Diktatur des Proletariats. Vehement wird daher die liberal-rechtsstaatliche Gewaltenteilung – bekanntlich unabdingbar für die Erhaltung der Freiheit – von Karl Marx abgelehnt. Er fordert „nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ („Der Bürgerkrieg in Frankreich“). Es ist kein Zufall, daß Lenin in seinem Werk „Staat und Revolution“ gerade diese Forde-

rungen des Karl Marx aufgriff und ihnen zu verhängnisvoller Verwirklichung verhalf (dazu: Klaus Hornung: Emanzipation ist nicht Freiheit. Bemerkungen zum Umschlag der Emanzipation in den Despotismus bei Karl Marx, S. 155 und 161).

Die Aufarbeitung solcher Fragenkomplexe, die – wenn man so will – die kritische Durchleuchtung der marxistischen Theorie von ihren anthropologischen Grundlagen her und in den Folgen ihrer Verwirklichung im politischen System, muß eine der Aufgaben der Enquete-Kommission sein, damit die Lehren der Geschichte bewußt werden.

Ich denke, daß wir bei unseren Referenten, die heute zu uns sprechen werden, allen Anlaß haben zu hoffen, dazu wichtiges zu erfahren. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich teile Ihre Hoffnung, liebe Kollegin, und möchte Ihnen herzlich danken für das, was Sie uns einfürend gesagt haben. Bevor ich Herrn Professor Weber ums Wort bitte, möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß Sie heute zumindest in der ersten Hälfte dieses Vormittages jeweils drei oder vier Minuten, das zweimal oder dreimal, sich vielleicht in einen Konzertsaal versetzt fühlen. D.h., wir werden nachher zur geistigen Auflockerung etwas Musik hören. Zunächst aber Herr Professor Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung der SBZ/DDR. Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus

Verehrte Anwesende! In der DDR galt der Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie, wie es offiziell hieß. Deshalb stützten sich nicht nur Konzeptionen und Strategien, sondern die gesamte Politik der SED auf den Marxismus-Leninismus. Auch die soziale Umgestaltung wurde in dieser Sicht als „Anwendung“ des Marxismus interpretiert. Ziel der SED war es, eine Gesellschaft der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit zu errichten. Zu prüfen wäre daher zweierlei:

Erstens, war der Marxismus-Leninismus die von der Führung angewandte Theorie, deren Vorgaben die Politik bestimmten, wie das hier gesagt wurde? Oder aber diente er als Instrument, als Rechtfertigung der SED-Politik?

Zweitens, waren die durch dogmatische Schulung verbreiteten Inhalte der Ideologie Grundlage politischer Einsichten und Motivation oder waren sie Glaubensdoktrinen zur Disziplinierung der Anhängerschaft?

Nach dem, was wir bisher gehört haben, nach dem, was auch die SED offiziell sagte, könnte man meinen, die Sache sei klar. Die DDR-Gesellschaft war der Versuch, die Theorie von Marx zu verwirklichen und dieser Versuch ist mißglückt. Nur, es käme wohl niemand auf die Idee, bloß deshalb, weil sich die DDR Deutsche **Demokratische** Republik nannte, auch zu sagen: das war eine Demokratie und der Fall ist abgehakt. Offensichtlich müssen wir etwas

vorsichtiger sein mit den Selbsteinschätzungen dieser Herrschaften. Und was Marx angeht: ich will mich hier auf ihn gar nicht beziehen, sondern am Schluß sagen, worauf meines Erachtens der Schwerpunkt liegen sollte. Es gibt natürlich auch andere Vorstellungen. Bei einem großen Philosophen sind die Aussagen nicht immer eindeutig und neben dem, was gesagt wurde, wird man auch manches andere finden. Sie kennen vermutlich das Zitat, was ich Ihnen hier zum Besten geben will: „Die Freiheit ist das Wesen des Menschen, die Unfreiheit ist daher die eigentliche Todesgefahr für den Menschen“. Das stammt auch von Marx. Ich will damit sagen: mit Zitaten allein ist das Problem nicht anzugehen, sondern, so scheint mir, ist zu prüfen, welche Funktionen der Marxismus-Leninismus hatte. Daß die SED-Funktionäre in ihrer ideologisch dogmatisierenden Ausrichtung der Meinung waren, ich erinnere an die Ausführungen von Schabowski, daß sie bei aller Diktatur eine bessere Gesellschaft im Sinne von Marx errichten wollten, ist natürlich noch kein Beweis dafür, daß dies so stimmt. Im Gegenteil, wenn man prüft, was passiert ist, könnte man es auf den Kern der folgenden These bringen.

Maßgeblich für die Umgestaltung der DDR erwiesen sich nicht etwa theoretische Positionen (und schon gar nicht die Wert- und Zielvorstellung der – ja auch von Marx geprägten – deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Traditionen), was ja die SED behauptete, sondern die strikte Befolgung der Vorgaben und „Erfahrungen“ des stalinistischen Machtsystems. Meine These wäre also genau entgegengesetzt: der Marxismus diene der kommunistischen Bewegung in erster Linie als Rechtfertigungs- und Verschleierungsideologie und zwar ganz im Sinne der Marxschen Definition. Die ideologischen Konzeptionen waren auf Legitimation reduziert, zum Hauptziel wurden Machterringung und dauerhafte Machterhaltung.

Mit den politischen (Übernahme der Diktatur) und sozialen (Übernahme der Staatswirtschaft) Umgestaltungen erfolgte nach 1945 in der SBZ/DDR in erster Linie die Übertragung des sowjetischen Modells. Also müßte man einen Schritt weiter zurückgehen und prüfen, welchen Einfluß der Marxismus und später der Leninismus auf die dortige Entwicklung hatten.

Die Partei hat natürlich die Notwendigkeit gesehen, eine Ideologie zu haben, die ihren Anhängern Siegesgewißheit vermittelte. Daher die These, daß die Partei in Kenntnis der „historischen Gesetzmäßigkeiten“ dem „Rad der Geschichte“ folge. Daraus folgte dann die Einbeziehung des historischen Materialismus. Die Ideologie hat die Gläubigkeit gegenüber der Parteiführung auch dadurch befördert, daß sie ihre Hauptthese „die Partei hat immer Recht“ durchsetzte. Das geschah bei gleichzeitiger Berufung auf den Mann, dessen Wahlspruch bekanntermaßen war: „An allem ist zu zweifeln“. Auch hier wird also deutlich, daß wir es uns nicht so einfach machen können, eine direkte Verbindung herzustellen zwischen dem, was Marx gesagt hat und dem, was die Herrschaften versucht haben zu „verwirklichen“. „Es ist mißglückt, und

damit haben wir den Faden in der Hand, d. h. die Ideologie ist schuld.“ Ich glaube, man wird hier sehr viel finden, was in diese Richtung deutet. Man muß aber auch die Instrumentalisierung des Ganzen sehen, weil eine funktional angewandte Ideologie der SED-Politik diente, und zwar mit dem Axiom, daß diese in Kenntnis der „historischen Gesetzmäßigkeit“ eben objektiv richtig sei.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, wie die „Berufung“ auf theoretische Aussagen lediglich zur Scheinbegründung jeweiliger Politik benutzt wurde. In der Politik mußten „Klassiker“-Zitate stets dazu herhalten, als vorgegebene dogmatische Leitsätze die „Richtigkeit“ der Politik zu „belegen“. Als drastischer Nachweis für solchen „Marxismus-Leninismus“ sei hier die Verwendung zweier entgegengesetzter Lenin-Zitate angeführt. Es ging um die Diskussionen nach 1945 in der kommunistischen Bewegung zu der Frage, ob es besondere Wege der einzelnen Länder zum Kommunismus gäbe oder ob alle das sowjetische Modell nachzuvollziehen hätten. Bei Gründung der SED hatten Anton Ackermann und andere kommunistische Ideologen als „Beweis“ für „verschiedene“, also auch für einen **deutschen** Weg zum Sozialismus, Lenins These von 1916 zitiert. Das Leninzitat hieß: „Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausweichlich, aber sie werden dahin nicht auf ganz dem gleichen Wege gelangen, jedes Volk wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung, der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens, seine Eigenart verleihen!“¹ Das heißt, Lenin hat gesagt: es gibt verschiedene Wege zum Sozialismus. Weil wir Marxisten-Leninisten sind, richten wir unsere Politik danach aus.

Als nach 1948 „besondere Wege“ zum Sozialismus von der stalinistischen Führung für ketzerisch erklärt und ihre Verfechter verfolgt wurden, galt ein anderes Lenin-Wort, diesmal aus dem Jahre 1920: die „Grundzüge“ der bolschewistischen Revolution hätten keine „spezifisch russische“, sondern „internationale Bedeutung“, ihre „internationale Wiederholung“ sei unvermeidlich.²

Doch 1956, auf dem 20. Parteitag der KPdSU, konzedierte Chruschtschow wieder „verschiedene Wege“ zum Sozialismus – und stellte das erstgenannte Lenin-Zitat von 1916 als richtungweisend in den Mittelpunkt. Kurze Zeit später, nach dem ungarischen Aufstand, rückte indes das zweite Lenin-Zitat von 1920 wieder zum „Beweis“ der Politik auf und dieses Spiel mit gegensätzlichen Belegen wiederholte sich mehrmals. Das geht dann bis zum Schluß so weiter, man denke nur an den durch die SED verkündeten Slogan vom „Sozialismus in den Fahnen der DDR“. Es sind also keineswegs falsche

1 Wladimir Iljitsch Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 19, Wien – Berlin 1930, S. 281.

2 Wladimir Iljitsch Lenin, Aus den Schriften 1895–1923, München 1967, S. 236.

Zitate aus der Schublade gezogen worden, vielmehr sollte durch sie der Anschein erweckt werden, die kommunistische Politik lasse sich von einer „Wissenschaft“, dem Marxismus-Leninismus, leiten.

Hier zeigt sich eine wichtige Funktion dieser Ideologie. Lenin- und Marx-Zitate wurden in erster Linie zur ideologischen Verschleierung aktueller Politik benutzt. Durch Berufung auf Koryphäen wollte man die eigene Politik „wissenschaftlich begründen“ und nachweisen, daß „wir siegen müssen“.

Man könnte das Gleiche, ich erspare mir das, anhand der Geschichtsschreibung der DDR nachweisen, die auch von sich behauptete, „marxistische“ Geschichtsschreibung gewesen zu sein. Ich habe an anderer Stelle versucht nachzuweisen, daß die Reihenfolge in Wirklichkeit umgekehrt war. Zuerst wurde Politik betrieben und anschließend versucht, sie zu rechtfertigen. Ich möchte also davor warnen, es sich zu einfach zu machen und zu sagen: die Gesellschaft in der DDR ist der Versuch gewesen, eine Theorie zu realisieren, sondern wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Theorie eine wesentliche Rolle als Rechtfertigungsideologie spielte.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, daß die Politik wie auch die Umgestaltung der DDR sich in erster Linie nach dem sowjetischen Modell zu richten hatten. Vorbild war die russische Entwicklung. Von den programmatischen Vorstellungen von Marx hatte die SED lediglich jene Forderungen dogmatisiert und übernommen, die diesem Ziel dienten. Der Aufbau der „neuen Gesellschaft“ wurde stets unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung und Machterweiterung vorangetrieben. Daher sollte die Ideologie die SED befähigen, politisch verbindliche Verhaltensnormen zu setzen, die Integration und Geschlossenheit der Führungsschicht zu erreichen sowie das soziale und politische Handeln mobilisierend anzuleiten, vor allem aber die tatsächlichen Machtverhältnisse zu rechtfertigen und gleichzeitig zu verschleiern. Der Marxismus-Leninismus war das Instrument, mit dem die Führung ihre Macht zu legitimieren beabsichtigte. Andererseits wurden seine Inhalte dogmatisiert und instrumentalisiert, um mit „Zukunftsversprechungen“ Anhänger zu gewinnen und an das SED-System zu binden.

Mir scheint, daß die Enquete-Kommission sich nicht so sehr auf diesen ganzen theoretischen Bau, die Systematisierung, wie sie dann im Marxismus-Leninismus erfolgte, konzentrieren sollte, sondern daß sie vielmehr im Sinne dessen, wie ich mein Thema formuliert habe, die Instrumentalisierung untersuchen sollte. Die Frage ist also, ich komme auf meinen Ausgangspunkt zurück: war der Marxismus-Leninismus in erster Linie ein Rechtfertigungsinstrument oder war er in erster Linie Motivation für Politik? Ich plädiere dafür, seine Rolle als Rechtfertigungsinstrument nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weber. Ich habe den Reaktionen angemerkt, daß es Sie reizen würde, jetzt darüber zu reden. Die Planung dieses Tages sieht aber anders aus. Wir hören zunächst

noch weitere Referate. Damit Sie aber Ihre Frage festhalten können, über das nachdenken können, was wir jetzt gehört haben, nun Musik von Vivaldi aus den „Jahreszeiten“.

(Musik, Musik, Musik. . .)

Wir hören nun den nächsten Referenten. Ich bitte Herrn Professor Konrad Löw von der Universität in Bayreuth ums Wort. Sein Thema lautet: **„War der SED-Staat marxistisch“?**

Prof. Dr. Konrad Löw:

I. Einige begriffliche und persönliche Vorbemerkungen

SED-Staat meint die sogenannte Deutsche Demokratische Republik in den Jahren 1949 bis zur Wende.

„Marxistisch“ wird im folgenden für Theorien und Maximen gebraucht, die auf Karl Marx und, wie er selbst sagt, sein alter ego, Friedrich Engels, zurückgehen. Was sich sonst als marxistisch ausgibt oder angesprochen wird, kann schon aus zeitlichen Gründen nicht berücksichtigt werden. Verwiesen sei auf das dreibändige Werk „Die Hauptströmungen des Marxismus“, Verfasser der polnische Philosoph Leszek Kolakowski.

Im Wintersemester 1967/68, also vor genau 25 Jahren, begann ich an der Hochschule für Politik, München, mit Vorlesungen über das politische System der DDR. Dem gingen Lehrveranstaltungen über die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland voraus. Für letztere war ich durch meine juristische Ausbildung, insbesondere meinen öffentlich-rechtlichen Schwerpunkt, gut vorbereitet. Die Darstellung der politischen Gegebenheiten stellte mich vor eine neue, für den bundesdeutschen Juristen atypische Aufgabe.

1968 trat in der DDR eine Verfassung in Kraft, die schon auf den ersten Blick erkennen ließ, daß sie eine ideologische Basis hatte, eine Verfassung, die sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus bekannte. Daher wurde die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie zur Voraussetzung einer sachgerechten Interpretation. In der gebotenen Eile bediente ich mich der einschlägigen Taschenbücher. Dazu zählten insbesondere „Sowjetideologie heute“ Bd. 1, verfaßt von Gustav Wetter, Bd. 2, von Wolfgang Leonhard. Diesen Autoren verdanke ich sehr viel, wenngleich ich in manchen, keineswegs unwichtigen Punkten die damals gewonnene Sicht aufgrund des späteren Quellenstudiums korrigieren mußte.

Die wichtigsten Merkmale des SED-Staates waren: 1. Diktatur; 2. führende Rolle einer Partei; 3. Gewaltmonopol; 4. Terror; 5. Leugnung der Menschenwürde als vorrangigem Verfassungswert, 6. Leugnung der Menschenrechte; 7. keine Grundrechte im traditionellen Sinne; 8. Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; 9. der große Plan.

Haben Marx und Engels diese Themen angesprochen und, falls ja, wie?